

Danziger Zeitung.

Nr. 7812.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kässerl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15. Zu Auswärt 1 R. 20. — Inserate, pro Seite 2 R., nebst an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitemeyer und Rud. Kosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Lotterie.

Bei der am 19. d. fortgeleitetenziehung der 3. Klasse 147. R. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn zu 2000 R. auf Nr. 7904, 1 Gewinn zu 600 R. auf Nr. 71,551, 1 Gewinn zu 300 R. auf Nr. 14,768 und 9 Gewinne zu 100 R. fielen auf Nr. 7493 8971 20,989 33,714 37,508 40,594 53,671 56,295 und 86,864.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 19. März. Gestern hat ein vierstündigter Ministerconseil stattgefunden, ein zweiter ist für heute anberaumt. Was von Gladstone und seinen Collegen beschlossen wurde, ist noch nicht bekannt.

Madrid, 19. März. Die Nationalversammlung hat gestern einen Antrag des Deputirten Garcia Ruiz, der sich, anstatt für sofortige, für allmäßige Abschaffung der Sklaverei aussprach, mit 123 gegen 58 Stimmen abgelehnt. — Den Gesandten Frankreichs und Englands sind Drohbriefe mit der Unterschrift: „Die Internationale“ zugegangen.

Die Auswanderung und die Sesshaftmachung.

II.

Die Parzellierung der in den Bauerndörfern gelegenen Grundstücke kann dem zunehmenden Bedürfnis nach Grunderwerb nur ungünstig und einseitig abhelfen. Hier ist bereits ein gewisser Überfluss an mühigen Händen und die kleinen Eigentümern sind, wie die übrigen Arbeiter auch, mehr oder minder gezwungen, die Verwertung ihrer freien Arbeitskraft in der Ferne zu suchen und zeitweise, zumal im Winter auf Verdienst, den sie nicht entbehren können und wollen, zu verzichten.

Es kommt hinzu, daß die Arbeiter noch viel zu wenig wirtschaftlich geführt sind, um sich im Winter häusliche Beschäftigung und häuslichen Erwerb verschaffen zu können. In der Nähe solcher größeren Ortschaften ist daher ein Überfluss an Beschäftigung suchenden Handarbeitern. In geringer Entfernung schon reichen sie nur hin den Bedarf zu decken, und hier droht die Auswanderung zunächst mit den empfindlichsten Verlegenheiten. Aber auch die legt noch weniger berührt. Gutbesitzer werden mehr oder minder in Wirtschaft gezogen werden, wenn nicht bald eine Umkehr zu gesunderen Wirtschaftsverhältnissen Platz greift. Woran es ankommt, das ist die totale Befriedigung des Bedürfnisses durch totale Erbildung neuer Arbeiterschaft im Wege des Abverkaufs. Nur auf diesem Wege ist beiden Theilen durchgreifend und dauernd zu helfen. Freilich kommt die Hilfe spät.

Grund und Boden ist erheblich im Preise gesiegen, und mit Schenkungen, wie sie von Neumann-Posegnal versucht worden — oder gar mit der daran gehülfen Bevormundung — ist nichts zu bestimmen. Die Sparkraft der Arbeiter hat zu lange des besten Spornes entbehrt. Der Zwang, in der Ferne Monate lang Verdienst zu suchen, hat ein Element der Unruhe und unreifer Wünsche und Bestrebungen geweckt oder weiter entwickelt. Der eingerissene Missbrauch, die Klassenssteuerpflichten für die Kosten der dauernden kommunalen Auslagen mehr oder minder heranzuziehen, statt sie auf die Realsteuern zu übernehmen und vielleicht auch die erhöhte Last des Militair- und Kriegsdienstes haben die Unzufriedenheit vermehrt und die Blicke von der Heimat abgewendet.

Auf der andern Seite erleichtert die Aufhebung der formellen Erhöhung für Parzellierungsbeträge, der ermäßigte Kostentarif, die neue Grundbuchordnung, der vermehrte Hypothekencredit und die Reform der Westpreußischen Landwirtschaft, die Abverläufe und die Gründung von Arbeiter-Colonien. Das Bedürfnis des intensiveren Betriebes macht sich ohnehin immer mehr geltend. Auch wird es an kleinen Unternehmern nicht fehlen, wenn denselben Parzellen zum freien uneingeschränkten Eigentum überlassen werden, wenn die Größe der Parzelle den Wünschen und Ansprüchen angepaßt, und wenn durch eine geringere Anzahlung und eine um so viel höher bemessene auch früher

übliche Rente, die der Käufer jederzeit etwa zum achtzehnsachen Betrage ablösen, der Verkäufer nach einer Reihe von Jahren etwa zum zwanzigsfachen Betrage entbinden darf, die Kaufübernahme erleichtert wird.

Es wäre erwünscht gewesen, wenn die Generalversammlung nach den hier angedeuteten Richtungen hin, aufklärend gewirkt und weitere Fingerspitze gegeben hätte. Dass die Abneigung gegen Abweigungen, abgesehen von Anderem, in den sehr fühlbaren Mängeln der ländlichen Polizei einige Entschuldigung findet, muss zugegeben werden. Auch wird die mit Parzellierung verbundene höhere Schul- und Armenlast — da die kleinen Eigentümmer Wieder aufzunehmen, auch wohl weiter abverlaufen — mit im Anschlag zu bringen sein. Indessen geht die Schlußlosigkeit einer weiteren sehr erheblichen Steigerung — nicht zum Schaden der Grundbesitzer — entgegen. Und da das bisherige Absperrungssystem der Gutsbezirke von den Dorfgemeinden ohnehin durch die neue Kreisordnung durchbrochen ist, so wird der Übergang zu unvermeidlich gewordenen neuen Lebensformen sich um so leichter vollziehen, je früher es den größeren durch die Auswanderung befreiten Grundbesitzern gelingt, sich in ihren eigenen Hintersassen ein vermittelndes Element sesshafter, anhängerlicher und leistungsfähiger Handarbeiter zu schaffen.

Steinbart-Preuß. Lanke.

Danzig, den 20. März.

Im Reichstage wurde gestern über den Entwurf eines Preßgesetzes debattiert und dasselbe einer besonderen Commission überwiesen. Es war erfreulich, daß sich die Mitglieder aller Fraktionen mit Ausnahme der äußersten Rechten in zustimmenden Sinne äußerten, und es ist daher geprägt, daß der Entwurf mit einigen Modifikationen vom Reichstage angenommen werden wird. Merkwürdig war, daß die Vertreter der Regierung sich dabei durchaus schweigend verhielten, es charakterisiert dies die nicht gerade freundliche Stimmung, welche der Fürst Bismarck bekanntlich der Presse gegenüber hat, deren Mitwirkung auch er viel verdankt. Wir wollen hoffen, daß bei ihm schließlich sein Verstand und sein Sinn für Gerechtigkeit über eine, wenn auch erklärliche Abneigung, die wir nur für eine bedauerliche Schwäche halten können, obstehen werden. Wenn das Gesetz, wie zu erwarten, von einer bedeutenden Mehrheit im Reichstage angenommen wird, so wird die Regierung doch wohl nicht umhin können, zu demselben ihre Zustimmung zu geben.

Am Abgeordnetenhaus ist gestern, wie wir schon heute morgen in einem Telegramm mitteilten, auch das vierte der kirchlichen Gesetze in zweiter Lesung angenommen worden, und heute findet die dritte Lesung sämlicher kirchen-politischen Gesetze statt, die dann sofort ans Herrenhaus geben können. Vergebens versuchte Windthorst wieder, durch Aufwärzung seiner alten Bedenken die Beratung der Gesetze aufzuhalten. Morgen werden die Abgeordneten dann in die wohlverdienten Ferien gehen können, die nach der „Pr.-C.“ voraussichtlich bis nach den Osterfeiertagen dauern werden.

Die Angriffe, welche jetzt wieder von feindlicher und ultramontaner Seite stärker als je gegen den Reichskanzler erfolgen, sollen, wie jetzt verlautet, darin ihren Grund haben, daß man in den Kreisen der Opposition die Stellung des Fürsten Bismarck für erschüttert hält und seinem Abgang nachzuholen versucht. Insbesondere die Artikel der „Kreuzzeitung“ sollen auf den Kaiser berechnet sein, der das Blatt zwar nicht liest, dem der Inhalt jener Artikel aber mit entsprechendem Commentar von gewisser Seite hinterbracht worden sein soll. Der Monarch, wird berichtet, steht diesen Einfällen gegenüber allein da, er hat Niemand, der ihm Kampf erlaubt. Bismarck's einziger Bundesgenosse den geheimen Machinationen gegenüber ist des Kaisers merkwürdiger Trieb, solchen Einwirkungen, wie sie auch sein Empfinden berühren mögen, Widerstand zu leisten zu Gunsten des Staatsgedankens, der ihn

ganz beherrscht. So hat er denn auch diesmal die Einstürzungen zurückgewiesen und die Hoffnung, daß ein „rettendes“ conservatives Ministerium in nächster Zeit wieder einmal eine „Umkehr“ in der neuendrings auf politischen und kirchlichen Gebiete von der Regierung befolgten Richtung werde unternehmen können, hat sich verschlagen, der Reichskanzler steht wieder fester als je. Wir nehmen von diesen Geschichten Act, die bei der zu Illusionen hinneigenden feindlichen Opposition wenigstens nicht ganz unwahrscheinlich klingen.

Unterdessen werden die Ministrarbeiten in den neuesten Nummern der „Germania“ sowohl als der „Kreuz-Zeitung“ rüttig fortgesetzt. Die beiden Blätter enthalten neue Artikel gegen den Fürsten, deren Verfasser nicht geringe Leute sind, als Freiherr von Ketteler, der lampenflüchtige Bischof von Mainz, und abermals Hr. v. Mühlner. Der Erste legt in Majunk's Organ gegen die Darstellungen des Reichskanzlers in dessen letzter Rede Verwahrung ein, die selben sollen „mit den Thatsachen in Widerspruch“ stehen, sie haben „keinen logisch haltbaren Sinn“ und werden kurzweg als „durchaus unrichtig“ erklärt. Scheinen wir den Worten des Bischofs Glauben, so ist er der unglücklichste Mann vor der Welt, der mit der Centrumsfraction und deren Programm und ebenso mit dem Papst und der päpstlichen Politik so viel wie gar nichts zu thun hat. Der hochwürdigste Herr schreibt wörtlich folgendermaßen: „Meine ganze Thätigkeit hat mit der päpstlichen Politik absolut nichts zu schaffen. Ich schreibe alle fünf Jahre von den Kirchengesetzen vorgeschriebenen Bericht über die rechtigen Verhältnisse meiner Diözese nach Rom und erhalte darauf eine kurze amtliche Antwort von dort; darauf beschränkt sich so ziemlich meine ganze Correspondenz mit Rom. Was ich als Bischof zu ihm habe, weiß ich aus dem Kirchenrecht und dem katholischen Katechismus. Dazu bedarf ich keiner Instructionen. Es scheint, daß Fürst Bismarck von dieser Stellung und von der Thätigkeit eines katholischen Bischofs gar keine Ahnung hat. Er liefert dadurch nur einen neuen Beweis, wie schwer es Bielen fällt, sich von den beschränktesten confessionellen Vorurtheilen frei zu machen.“ Man sieht, die reine beleidigte Unschuld. Ein großer Theil der Erklärung ist dabei trotz des aggressiven Inhalts der besseren Wirkung wegen in ziemlich ruhigem, fast demütigem Tone gehalten. Da spricht Caplan Majunk ganz anders; der steht mit scharfem Ton auf den Füßen Bismarck von oben herab. Er kanzelt kürzlich den Reichskanzler tömischer Weise folgendermaßen ab: „Es lohnt nicht der Mühe, dem Redner auf seinen Geistesprünjen durch die Geschichte zu folgen und die Thorheiten in seinen Expectorationen nachzuweisen. Es würden diese unreisen Ergüsse einer mangelhaften wissenschaftlichen Bildung kaum zu begreifen sein, wenn nicht in Betracht zu ziehen wäre, daß die Erziehung des Fürsten Bismarck in vielen Beziehungen zu wünschen übrig gelassen hätte, sein Denken nur mäßig geschult ist und ihm die geistige Sucht und Disciplin in höherem Grade beiwohnen könnte.“

Die „Kreuzzeitung“ nimmt mit Befriedigung von dem Angriffe des Bischofs gegen den Reichskanzler Act, sie findet die Ausführungen als „nicht zu bezweifeln“ und als „die Wahrheit treffend.“ Gleich dahinter drückt sie eine neue Erklärung des Herrn v. Mühlner ab, der sich gegen die in den „Pr.-C.“ enthaltene offiziöse Erwiderung auf seinen früheren Artikel und abermals gegen den Fürsten Bismarck wendet, die Beide gegen ihn „vage Verdächtigungen“ ausspielen, gegen die er sich vertheidigen müsse. Er wehrt sich natürlich dagegen, daß er sich von der katholischen Abtheilung habe beherrschen lassen, er will immer das Recht unabhängiger Entscheidung gewahrt und geübt haben. Es stände um so trauriger um ihn, wenn die für unsern Staat in ihren Folgen höchst verderblichen Maßnahmen jener Abtheilung von ihm allein ausgegangen wären. Sehr schwach finden wir, was Herr v. Mühlner über die beabsichtigte päpstliche Nuntiatur im Vergleich zu der Abtheilung sagt. Er meint z. B.: „Ein päpst-

licher Nuntius konnte weder die Arbeiten der Abtheilung übernehmen, noch hätte die Abtheilung sich seine geistlichen Functionen aneignen dürfen; sie hätten Beide nebeneinander bestehen müssen.“ Auf welche Weise und von wem jene Functionen ausgeübt wurden, ist wohl gleichgültig, es kam doch darauf an, auf welche Weise am besten das Interesse des Staates gewahrt war. Schließlich appelliert der Exminister an das Verständniß der Sachverständigen. Herr v. Mühlner hätte wohl im eigenen Interesse am besten, vorläufig nicht aus seiner Burldigkeit herauszutreten.

Bon Hrn. v. Mühlner kommen wir wohl am besten auf seinen Geistesverwandten, den Grafen zu Buxenau. Schon wieder erhebt sich eine Stimme, welche nachweist, daß der Handelsminister in seiner Deutschrifft doch nicht reinen Wein eingeschenkt habe. Hr. Bürgermeister Linsingen aus Freienwalde weist in der „Sp. B.“ nach, daß das, was dort über das Bahuprojekt Berlin-Freienwalde-Stargard gesagt ist, unrichtig sei. Die Erwiderung schließt: „Eins steht fest, daß das Handelsministerium den betreffenden Landesteilen Steine statt Brod gegeben und das Vertrauen zu einer wohlwollenden Behandlung der Interessen des Landes gänzlich untergraben hat.“ Für Wagener, den selbst die „Kreuz-B.“ fallen gelassen hat, tritt neuerdings nur mit einer gewissen, nicht zu beneidenden Ritterlichkeit die „Nordd. A. B.“ ein.

Dasselbe Blatt tritt den Angriffen der Conservativen auf die Contingentirung der Klassensteuer entgegen. Sie widmet diesem Thema einen Leitartikel, in dem sie zum Schluß den Conservativen gegenüber sagt, die Regierung könne sich nicht durch „Idiosynkrasien“ bestimmen lassen.

Die Mittheilung der Wiener Blätter, daß die Polen sich nicht an den Verhandlungen der österreichischen Delegation beteiligen werden, wird von dem Wiener Correspondenten des „Czas“ bestätigt. Die Polen kommen am 2. April nach Wien.

Aus England meldet ein Privattelegramm des „Sp. B.“, das Organ des Erzbischofs von Dublin konstatirt, daß die katholische Partei einem Ministerium Disraeli niemals ihre Unterstützung gewähren würde. Sollte Disraeli zur Regierung kommen, so würde er demnach ohne diese Unterstützung die Geschäfte des Landes leiten müssen.

Deutschland.

* * * Berlin, 19. März. In unseren politischen und Finanzkreisen wird im Moment die Frage verhandelt, ob Frankreich im Stande sein wird, binnen sechs Monaten 1½ Milliarden bei restirenden Kriegsschuld zu bezahlen, ohne eine europäische Geldkrise hervorzurufen. Wie wir hören, ist bei Gelegenheit der längsten Vertragsunterhandlungen diese Frage einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Diese seitige wie französische Finanzautoritäten, welche von den beiden Regierungen gehört wurden, stimmen darin überein, daß die von der französischen Finanzverwaltung getroffenen Maßregeln dem europäischen Geldmarkt völlige Verbigung gewähren können. Ein großer Theil des Baarsfonds befindet sich im französischen Trebor, ein anderer in der englischen Bank (in diesen Tagen treffen allein 1½ Millionen Pf. St. Goldbarren von dort hier ein) und die bedeutendsten Bankhäuser auf den verschiedenen Geldmärkten des Continents sind durch die Häuser Rothschild und Baring bei den Arrangements in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem ist Burschafft dafür gegeben, daß die deutsche Regierung die in den höchsten Kellern liegenden disponiblen Geldbestände dem Markte zuführen wird. — Graf v. Chambord und die Legitimisten Frankreichs würden wohl daran ihne, ihre Agenten an mehreren süddeutschen Häfen, sowie in den feudal-ultramontanen Lagern Norddeutschlands anzusiedeln, mit einiger Vorsicht gegen die deutsche Regierung und speziell gegen den Fürsten Bismarck zu operieren. Wie wir hören, ist man in der Wilhelmstraße in den Besitz von Briefschaften gelangt, die ein nicht minderes Interesse für die französische Regierung, als für die unsere haben und im Falle ihrer Veröffentlichung eine Reihe von Ver-

hören. Gut war auch der Thibaut des Hrn. Hövermann. Am wenigsten gelang es, von den größeren Partien, Hrn. Adler, seinen König auf der Höhe der Tragödie zu halten. Namenlich fehlte seinem Sprachorgan die nötige Kraft.

Berlin. Im Sonnabend fand im Nationaltheater die lange und sorgfältig vorbereitete Aufführung des „Julius Cäsar“ durch Studirende unserer Universität statt. Die weiten Räume des Hauses hatten sich bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Kaiser, die Kaiserin und das Kronprinzipalische Paar erschienen. Nachdem die Klänge der Beethoven'schen Ouvertüre zum „Coriolan“ verrauscht waren, sprach stud. jur. v. Winterfeld einen vom stud. phil. Prezell gedichteten Prolog, dessen schwungvolle Züge auf die Veranlassung und den Zweck dieser Vorstellung (zum Besten der Überchwemmten an der Ostsee) hinwiesen und sodann die Kunst der Bühnener erbaten:

„So kommt Ihr, die Kunst hat Euch geladen, Die Liebe war's, die Ihr zur Seite trat! Sie trieb auch uns nur von des Wissens Pfaden Auf diesen sel'nen, ungewohnten Pfad; Sie mag uns helfen, wenn auf Thespis' Wagen Vielleicht geschwungen wir uns mehr als lähn, Daß wir gewinnen, wo so rasch wir wagen, Daß wir umsonst nicht für die Muren glüh'n!“

Die Darstellung, bei welcher Fr. Seebach als

Portia und Fr. Frenzel als Calpurnia mitwirkten, ging mit einer Präzision vor sich, die einem Hoftheater alle Ehre machen würde. Die jugendliche Frische der Darsteller, die volle Hingabe an ihrer Aufgabe, der künstlerische Vortrag und der Umschau, daß alle Rollen bis auf den letzten Studirenden mit gebildeten Darstellern besetzt waren, riefen den wohlhabenden Eindruck hervor. Die Hauptrollen waren in den Händen der Herren stud. jur. Julius Cäsar, stud. med. Görts (Brutus), stud. phil. Löwenfeld (Cassius), stud. jur. Freyberg (Casca) und stud. jur. Vänicke (Marc Anton). Die Leichenrede des Letzteren ließ ein mehr als gewöhnliches Darstellungstalent erkennen. Impozant machten sich die trefflich arrangierten Massenszenen. Diese Scenen, sonst eine der schwächen Seiten der Shakespeare-Darstellungen in unseren Theatern, waren hier in Folge des ausreichend zu Gebote stehenden Personals und der Vermeidung aller üblichen Statisten-Ungeschicktheiten von zündender Wirkung. Das Publikum äußerte seine Theilnahme für die interessante Vorstellung durch wiederholte Hervorrufe, welche es den Hauptdarstellern und am Schlusse verdientermaßen auch dem Regisseur v. Denskersky zu Theil werden ließ. Durch den Kassensatz — die Einnahme soll sich auf 2000 Thlr. belaufen — ist die edle Absicht, welche dies Unternehmen in's Leben rief, glänzend erreicht worden.

sonen compromittieren würden, deren Beziehungen zu Heinrich V. von Frankreich bisher noch nicht gekannt waren. — Die Wiederherstellung des Kronprinzen ist eine Thatsache, die nicht nur durch seine Umgebung, sondern von allen seinen Personen bestätigt wird, die mit dem Thronerben in Verkehr stehen. Wenn im Publikum trotzdem entgegengesetzte Gerüchte circuliren, so sind diese völlig unbegründet. Seine Aerzte haben aus Besorgniß für einen wenig wahr-scheinlichen Rückfall dem Kronprinzen vorläufig das Reiten verboten und sonstige diätische Maßregeln empfohlen. Daraus Consequenzen zu ziehen, wie es geschehen, ist falsch, denn sein Gesundheitszustand läßt nichts zu wünschen übrig.

△ Berlin, 19. März. Wir haben vor langerer Zeit an dieser Stelle gemeldet, daß das Reichskanzleramt mit der Einrichtung eines Reichsamts für Gesundheitspflege beschäftigt ist. Die Vorarbeiten bezüglich der Einholung von Gutachten Seitens wissenschaftlicher Autoritäten sind seit einiger Zeit erledigt und das Reichskanzleramt war daher in der Lage, mit dieser Angelegenheit an die zustehenden Aufschüsse heranzutreten. Bei diesen begegnete die Absicht aber vielfach Widerspruch; die Träger derselben betonten, daß die Bedürfnisfrage keineswegs erwiesen, daß es wünschenswert sei, nicht Schwierigkeiten auf dem einschläglichen Gebiete hervorzurufen, wie sie bei der verschiedenartigen Gesetzegebung in den Einzelstaaten unvermeidlich werden würden. Es scheint daher, daß der Plan schon im Bundesratthe schiefen müßte. — Die Untersuchungskommission bezüglich der Eisenbahnhverwaltung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Breslau-Warschauer Bahn, für morgen sind zwei Sitzungen anberaumt. Bis jetzt hat sich die Commission mit der pommerischen Centralbahn, der Linie Halle-Sorau-Guben und der oben erwähnten Linie beschäftigt, viele Personen vernommen und wie versichert wird, sehr merkwürdige Resultate gefördert, deren Veröffentlichung am besten zeigen wird, wie nutzbringend die Einsetzung und die Thätigkeit der Commission war.

-r. Stolp, 19. März. Gestern fand hier eine Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zweig-Vereins für den District Stolp-Schlawa und Rummelsburg statt. Nach dem Berichte über geschäftliche Angelegenheiten des vergangenen Jahres hat sich die Zahl der Mitglieder von 96 auf 120 vermehrt. Die Jahresrechnung pro 1872 wurde vorgelegt und beschworene. Der bisherige Director Dr. v. Below-Saleste ist einstimmig wiedergewählt worden. — Dem Antrag des Saalfelder landwirtschaftlichen Vereins, sich einer Petition an den Reichstag anzuschließen in Bezug auf eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs im Falle eines Contractbruches von Seiten der ländlichen Arbeiter, entsprach die Versammlung nicht, weil ein solches Gesuch ausichtslos wäre; sie beauftragte aber Herrn Kettler-Jassen mit der Abschaffung einer Petition, die dahin gerichtet ist: die Abschließung der Verträge mit den Arbeitern zu erleichtern und ein strafloses und schlemiges Verfahren festzusetzen im Falle des Bruches dieser Verträge. Dieses Gesuch soll auch dem Verein in Saalfeld mitgetheilt werden mit dem Auffordern, sich demselben anzuschließen. Zwei Anträge des Herrn v. Puttkammer-Kolziglow betreffend: a) Beschränkung des bestehenden Auswanderungsrechtes unter gewissen Verhältnissen und b) die §§ 10 und 22 des Gesetzes über den Unterflügungs-Wohnsitz vom 6. Juni 1870 wurde nach längerer Debatte einer Commission überwiesen, welche dieselben eingehend prüfen und in nächster Sitzung darüber Bericht erstatte soll.

Breslau, 18. März. Aus bester Quelle kann der Niederschl. Anz. mittheilen, daß sich die Unterhandlungen zwischen der Regierung und Hrn. v. Seydewig wegen Übernahme der Stelle eines Oberpräsidenten der Provinz Schlesien verschlagen haben. Hrn. v. Seydewig hatte allerdings bereits die diesbezüglichen Anträge der Regierung accepiert, jedoch nur unter Bedingungen, auf welche man jetzt in Berlin nicht eingehen zu können glaubt.

Augsburg, 19. März. Die Frage der künstigen Uniformirung der bayerischen Armee hat, wie die hiesige „Allg. Stg.“ meldet, gestern ihre Erledigung gefunden. So viel verlautet, bleibt die Grundfarbe und der Uniformschmuck unverändert, auch der Haupthelm wird beibehalten; aber die Gradabzeichen und die sog. militärischen Erkennungszeichen sollen mit denen der deutschen Armee in Einklang gebracht werden.

Stuttgart, 19. März. Die Commission der Kammer der Standesherren beantragt, den Beschluß der zweiten Kammer bezüglich des Militär-Etablissemetsgesetzes beizutreten und gleichzeitig an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten: erstens, daß dieselbe mit möglichst Sparfamilie vorgehe, und zweitens, sie möge dafür wirken, daß Südwürttemberg und der Schwarzwald durch Anlage von Reichsfestungen gesichert werden. Der Landtag wird voraussichtlich am Sonnabend geschlossen werden.

Straßburg, 19. März. Anlässlich der jüngst erfolgten Landesverweisungen erinnert die „Straßburger Zeitung“ an den § 10 des Verwaltungsgesetzes von 1871, wonach der Oberpräsident zur Aufrechterhaltung der Sicherheit Vollmacht erhält, diejenigen Gewalten auszuüben, welche das französische Gesetz im Falle des Belagerungszustandes den Militärbehörden überweist. — Sämtliche noch aus der französischen Herrschaft im Dienste verbliebenen Justizpersonen, 53 an der Zahl, haben dem deutschen Kaiser den Eid der Treue und des Gehorsams geleistet.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 19. März. Im Unterhause wurde das Stempelsteuergesetz angenommen. — Wie der „Pester Lloyd“ meldet, hat nunmehr der Finanzminister Kerlapozi am gestrigen Tage die kaiserliche Genehmigung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes erhalten, welcher die Regierung ermächtigen soll, die Gründung einer großen ungarischen Comptebank zu konzentrieren. Derselben würden für gewisse Verpflichtungen, welche sie als Regierungsbank dem Staate gegenüber einnimmt, auch eine Reihe besonderer Begünstigungen gewährt werden. Beziiglich der Ausführung habe sich der Finanzminister durch Vertragsprotokoll mit einer bedeutenden Finanzgruppe von vornherein sichergestellt; die Bestimmungen der letzteren seien mit denjenigen des Gesetzentwurfes vollkommen übereinstimmend.

Schweiz.

Bern, 18. März. Der hiesige Regierungsrath ging über den von 97 Geistlichen gestellten Antrag, den Regierungsrath Bodenheimer wegen seines

in Biel über den Ultramontanismus gehaltenen Vortrages in Aussicht zu setzen, zur Tagesordnung über. — Im Berner Jura ist das Fahlenmandat des Bischofs Lachat am Sonntag nicht zur Verlesung gelommen.

Frankreich.

Paris, 17. März. Neben die Auflösung der National-Versammlung äußert „Bien Public“, das Hauptorgan des Präsidenten der Republik: „Die wenigen Monate, welche uns von der Befreiung des Gebietes trennen, erfordern sehr viel Fleiß. Es ist die Pflicht eines jeden, das Werk zu unterstützen. Bis zum 5. September muß Frankreich 1500 Millionen bezahlt haben. Für den Geldmarkt ist nichts zu befürchten; alle Maßregeln sind ergriffen. Die Operation selbst erhebt aber die größte Fürsorge, große Ruhe, die Abwesenheit fruchloser Erstürmungen durch die Partei-Agitationen. Nichts darf geschehen, was das erlangte Resultat compromittieren kann. Die letzten Abstimmungen der Versammlung hatten wirklich Einfluß auf die Unterhandlungen. Es wäre gut, daß man dies einsehen und es nicht vergeßen würde. Man muß nicht wieder in nüchtern und kleinliche Streitigkeiten verfallen. Die ernsthaften Beschäftigungen fehlen nicht: die Organisationsgesetze, das Budget, die Verträge, dies ist mehr als hinreichend, um die letzten Monate der Existenz der National-Versammlung auszufüllen. Keine Zeit darf verloren werden. Es kann Niemand in den Sinn kommen, Frankreich nach den drei Jahren des Schmerzes, der Geduld, der Aufopferung und der bürgerlichen Tugend das zu Wort verweigern. In diesem Augenblick kennt ganz Frankreich die Stunde, wo es wieder Herr seiner Geschichte sein wird. Es wird auch über die ihm auferlegte Aufgabe nachdenken. Die Pflicht des Politikers, der guten Bürger geht dahin, es zu erledigen und nicht zu verwirren; deshalb müssen sie ihren Streitigkeiten selbst ein Ziel setzen; sie müssen an die nächsten Wahlen denken, von denen die Zukunft des Landes abhängt. In Zukunft werden alle Diskussionen wichtig und die Verantwortlichkeiten schwerer sein, denn jemals. Wir zweifeln nicht, daß dies begriffen werden wird und daß die Versammlung, trotz darauf, zum Werke der Befreiung beigetragen zu haben, sich durch ernsthafte und unparteiische Arbeiten auf das seierliche und freie Befragen des Landes durch die allgemeinen Wahlen vorbereiten wird.“

— Der Pariser Correspondent der „Times“ meldet über den Gang der Verhandlungen wegen der Rückung: „Die größte Schwierigkeit bot Belfort, das der deutsche Kaiser bis zum letzten Augenblick trotz der Vorstellungen vom Fürsten Bismarck, Grafen Arnim und vom französischen Botschafter, die ihm die Lage des Herrn Thiers in dieser Frage schilderten, nicht aufgeben wollte. Der Telegraph war fortwährend in Bewegung, und als Thiers in der Nacht des 14. sehr unbedarfendige Nachrichten erhielt, stand er vom Bett auf und schickte eine lange Depesche an den französischen Botschafter in Berlin, worin er erklärte, lieber wolle er die Verhandlung ganz aufgeben, als Belfort zum Pfande in deutscher Hand lassen. Dies führte zu der Einsetzung Verduns an Belforts Stelle. Die französische Regierung rückt auf's Wärme die Haltung des Fürsten Bismarck und des Grafen Arnim, welche wesentlich zu der befriedigenden Lösung beigetragen haben. Die Verhandlungen wurden möglichst geheim geführt, weil dieselbe deutliche Partei, welche den Verhandlungen günstig war, große Vorsicht empfahl, da die Militärpartei auf das Besitztum von Belfort großes Gewicht legte. Das Geheimnis war so gut gewahrt, daß am 15. in Belfort eine Ahnung vom Abschluß des Vertrages hatte. Erst um 7 Uhr berief Thiers die Minister in sein Cabinet und teilte ihnen die Depesche, die den Abschluß des Vertrages meldete, mit.“

Italien.

Rom, 18. März. In der Deputirtenkammer forderte der Abg. Ferrari bei der Discussion des Gesetzentwurfs über die Apanage des Prinzen Amadeus die Regierung auf, über ihre Beziehungen zu den gegenwärtigen Regierung Spaniens resp. über die Anerkennung der letzteren Aufflărungen zu geben. Der Minister des Neuherrn, Visconti-Venosta, erwiederte darauf, daß die Annahme des spanischen Thrones seitens des Prinzen Amadeus die Politik Italiens nicht beeinflusst habe, dessen Beziehungen zu anderen Ländern dadurch nicht beeinträchtigt worden seien. Die italienische Regierung acht die Unabhängigkeit Spaniens und seje thätlichs die freundlichen Beziehungen zu derselben fort; was die formelle Anerkennung der jüngsten spanischen Regierung angehe, so werde Italien seine Haltung mit denjenigen der übrigen Mächte in Übereinstimmung bringen. Die Apanage für den Prinzen Amadeus wurde fast einstimmig angenommen. — Ferner entwickelte und begründete Nicotera seinen Antrag wegen der bis zum Jahre 1874 zu vollendenden Amirierung der Festungen. Der Kriegsminister Nicotti Magnani erklärte sich mit dem Antrage zum Theil einverstanden, behielt sich aber über die zur Errichtung dieses Zwecks erforderliche Summe weitere Erklärung vor.

Holland.

Haag, 19. März. In dem Exposé zur Motivierung des Gesetzentwurfs über zeitweilige Beschränkung der Prägung von Silbermünzen wieder ausgeführt, daß es im Augenblicke keinen anderen Ausweg gebe, als das System der Silberwährung vorläufig aufrecht zu erhalten und dann zum System der Goldwährung überzugehen. Bis zur Lösung dieser wichtigen Frage glaube die Staatsregierung von der Prägung neuer Silbermünzen Abstand nehmen zu müssen.

Nassau.

Odessa, 17. März. Um den Verlehr mit Centralasien zu erleichtern, ist die mit dem Bau der Boti-Tiflis-Bahn betraute Gesellschaft aufgefördert worden, die noch unvollendeten Strecken schleunigst auszubauen und bei Vermeidung von großen Strafzahlungen längstens bis 1. Mai zu eröffnen.

Spanien.

Madrid, 15. März. Die bisherige radikale Partei, welche jetzt ihrer Mehrzahl nach auf die einheitliche Republik hinarbeitet, gibt sich Mühe, aus ihrer Erfahrung heraus wieder einen festen Halt zu gewinnen. Sie hat eine Versammlung ab-

gehalten, in welcher der Marquis von Sarval, Gomez Rubio, Francisco Salmeron, Becerra u. A. über die Notwendigkeit eines geeigneten Vorgehens sprachen, und als Aufgabe der Partei vor Allem die Aufrechterhaltung der Einheit des Heerwesens, der Straf- und Civilgesetze und der Rechtsprechung, überhaupt aber alles dessen, was die gemeinsame Nationalität ausmache, hinfesteten, damit nicht die Errungenchaften langer Jahrhunderte in den nächsten constitutiven Cortes geopfert würden. — Die amtliche Zeitung veröffentlicht einen Bericht des Generals Nouillas über das Gesetz bei Montreal, aus welchem wir unseren legitimen Mittheilungen nichts Erhebliches hinzuzufügen haben. Nouillas gibt seinen Verlust offiziell auf 6 Tote und 63 Verwundete an, den des Feindes auf 152 Verwundete, die größtentheils in den umliegenden Dörfern untergebracht seien, und auf 13 Gefangene; die Zahl der Todten konnte er nicht mit Bestimmtheit angeben.

Türkei.

Constantinopol, 17. März, Abends. Das hierige griechische Journal „Constantinopolis“ veröffentlicht ein Telegramm aus Jerusalem, wonach es in Bethlehem ein Sonnabend zwischen den Orthodoxen und den Lateinern zu einem ernstlichen Zusammenstoß gekommen sein soll. Die Rechte der Orthodoxen seien angeblich verletzt worden. Die Nachricht bedarf jedoch der Bestätigung.

— 19. März. Nach einer Mittheilung der „Turkei“ handelt es sich bei dem Vorfall in Bethlehem um die Vorhänge zur heiligen Grotte, welche im Jahre 1871 verbrannten und deren Wiederherstellung darauf, um den traditionellen Zwistigkeiten zwischen Griechen und Lateinern über das Eigentumsrecht an den Vorhängen ein Ende zu machen, von der türkischen Regierung in die Hand genommen wurde. Dem lateinischen Clerus ist es jedoch gelungen, einen Theil der Vorhänge ohne Mitwirkung des griechischen Clerus zu erneuern. In Folge dessen hat der griechische Patriarch von Jerusalem, Procopius, am 15. März auf telegraphischem Wege bei der Pforte protestiert und deren Einschreiten gegen jenen Vorfall erbitten, welcher die alten Rechte der Griechen oder gelehnten Richtern besser steht. Die Geschworenen rekrutieren sich größtentheils aus der petite bourgeoisie, welche ihre besondere politischen und religiösen Ansprüche hat und diese auch beim besten Willen unwillkürlich ihrer Entscheidung zu Grunde legen wird.

(W. T.)

Reichstag.

5. Sitzung am 19. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der von den Abgeordneten Windthorst (Berlin), Herz, Dunder, Biedermann, Elben, v. Stauffenberg und Böhl eingebaute Entwurf eines Reichspreßgesetzes. Unterstützt ist er von 73 Mitgliedern verschiedener liberaler Fraktionen. — Abg. Windthorst (Berlin): Die Erwartung, die Reichs-Regierung werde in dieser Session den Entwurf eines Preßgesetzes einbringen, ist nicht in Erfüllung gegangen und daher sehen sich die unterzeichneten Abgeordneten veranlaßt, den vorliegenden Antrag zu stellen. Der Entwurf schließt sich eng an die Arbeit des siebenten Journals an. Der Inhalt des Gesetzes ist ein wesentlich negativer, er bestimmt die Aufhebung einer jeden Beschränkung der Presse, des Rechts der administrativen und richterlichen Behörden zur Entziehung der Concession. Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, sollen ausschließlich der Entscheidung von Geschworenenrichtern unterliegen; die Presse zur Cautionbestellung, die Zahlung jeder Steuer endlich soll negativen. Es ist bereits händlich oft nachgewiesen, wie notwendig die Aufhebung dieser Beschränkung ist, die Überzeugung davon ist in alle Kreise und Schichten des Volkes gedrungen, und wird jetzt von Parteien getheilt, welche früher aus irrgewissen Beschränkungen gegen die Pressefreiheit waren. Die bestehenden Beschränkungen greifen in die Gewerbefreiheit, in die Freiheit des Individuums und in die Unverletzlichkeit des Eigentums ein. Die Gründe, welche solche Eingriffe vielleicht fehlerhaft fertigen möchten, sind weggefallen, kein Mensch fürchtet sich mehr vor den angeblichen destruktiven Tendenzen der Presse. Sie haben in ihr das beste Mittel zur Aufklärung, zu deren Verbreitung wir, wie ich glaube, jetzt volle Veranlassung haben. Die Presse kann ihre Aufgabe jetzt nicht würdig erfüllen, sie ist das geistige Salz des Volkes, das man nicht weiter besteuern sollte, wenn man im Begriffe steht, die Salzsteuer aufzuheben. Einzelne kleinere Bundesstaaten und besonders Bayern haben eine gute Preßgelegebung und das Reich darf hinter ihnen nicht zurückbleiben. Wir können deshalb, glaube ich, unsere Session nicht besser beginnen, als wenn wir vor Erledigung der zahlreichen Vorlagen materiellen Inhalts, mit denen wir uns zu beschäftigen haben werden, diese den idealen Bedürfnissen des Volkes entsprechende Vorlage annehmen. — Abg. Ewald: In den annexirten Ländern hat die Presse in den letzten sieben Jahren unendlich schwere Leiden zu erden gebahnt, zu dem Zwecke, um sie zur Regierung hinzu zu ziehen oder zu unterdrücken. Aber auch dieses Gesetz wird wenig helfen, denn die Mittel der Regierung gegen die Presse, die öffentlichen und die geheimen, sind so ungemein groß und weitreichend, daß wohl die Art und Weise ihres Kampfes sich ändern wird, aber nicht der Kampf selbst. Die Anklagen gegen die Presse nehmen fast kein Ende und das ist immer ein schlimmes Zeichen, das ist das System Napoleons III. Die geheimen Mittel, die der Regierung gegen die Presse zu Gebote stehen, sind von der allergefährlichsten Natur. Ich verweise auf den Reptiliensfonds; dazu kommen die Anweisungen der Regierungen an ihre Beamten in den Provinzen, die Oppositionspresse zu unterdrücken und unschädlich zu machen. Der preußische Staat ist gegenwärtig ein Militär- und Polizeistaat. Wie kann auf einem solchen Boden irgend ein Preßgesetz gute Früchte bringen? wie kann da überhaupt irgend eine Freiheit geben und sich entfalten? Das ist, als wenn Feuer und Wasser mit einander leben sollen. Vor 1866 hatten wir in Hannover und andern deutschen Ländern schon längst eine freie Presse. Seitdem ist aber die Freiheit der Presse, zumal in Norddeutschland, immer mehr unterdrückt. Trotz dieser Bedenken aber werde ich gern für dieses Gesetz stimmen. — Abg. Windthorst (Meppen): Wünschenswert wäre es, daß nur gute Lebzeiten durch die Presse verbreitet würden. Nur ist es schwer zu bestimmen, was gut, was böse ist. In Preußen mischlang er Versuch, durch Censur und Polizei diese Entwickelung zu treffen. Was hat das preußische Preßgesetz gewirkt? Nichts! Was unsere Presse geleistet, das hat sie trotz des Gesetzes zu Wege gebracht und sicherlich ist durch letzteres mehr Gutes verhindert als Böses verhütet worden. Entscheidend ist für mich die Stel-

lung, welche neuerdings ein Theil der deutschen Regierungen, besonders die preußische, zur Presse eingenommen hat. Hier wird mit Hilfe der mit Beischlag belegten Nebenuen des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen durch die Begründung officieller Organe der freien Presse eine unerträgliche Konkurrenz gemacht. Aus diesem Fonds werden Arbeiter bezahlt, Cautionen hergegeben, die Stempelsteuer erlegt und eine wirkliche Konkurrenz der unabhängigen Organe unmöglich gemacht, um sie mehr als den Prekerzeugnissen der Regierung der ganze Apparat der Polizei und Staatsanwaltschaft zu Gebote steht. Hierzu kommt die weitere Konkurrenz des großen associirten Kapitals, welches für seine eigenen Zwecke Blätter gründet. Berliner Blätter der verschiedensten Richtungen, national-liberale, freiconservative und die „Kreuzzeitung“ haben mehrfach auf diese Nebenstände hingewiesen, welche nur durch Aufhebung der Cautionen und des Belebungstempels beseitigt werden können. Erst dann werden die Waffen wieder einigermaßen gleich sein. Die Erfahrungen, welche man in anderen Ländern, ich selbst in meiner amtlichen Stellung in Hannover gemacht habe, beweisen, daß sich mit einer freien Presse sehr wohl leben läßt. Dagegen, daß die Regierung in der Presse vertreten werde, habe ich nichts einzubringen, nur soll sie offen und nicht verdeckt kämpfen, noch sich jeden Augenblick hinter dem Redakteur verstecken können. Die polizeiliche Beschränkung der Presse aber ist nicht Conservatives, am wenigsten die polizeiliche Willkür. Auch die Concurrenten der unabhängigen Presse sind nicht conservativ, weder das Großcapital, noch die Regierung, wenigstens meiner Meinung nach. (Heiterkeit.) Ich teile den Standpunkt der Antragsteller in Bezug auf die Prohibitionsmäßregeln und die Caution. Die Frage der Geschworenenrichter dagegen ist für mich eine offene. Bekanntlich sollen sie bestätigt werden. (Ruf: Nein!) Ich bin auch ein Gegner ihrer Aufhebung, glaube aber, daß die Majorität unserer Strafprozeß-Commission anderer Meinung ist. Es bleibt aber sehr fraglich, ob die Presse sich unter Geschworenen oder gelehnten Richtern besser steht. Die Geschworenen rekrutieren sich größtentheils aus der petite bourgeoisie, welche ihre besondere politischen und religiösen Ansprüche hat und diese auch beim besten Willen unwillkürlich ihrer Entscheidung zu Grunde legen wird.

— Abg. v. Heldorf: Der Vorschlag ist für mich und einen großen Theil meiner (conserv.) Freunde nicht ganz annehmbar, enthält aber einiges Discutable, z. B. den Wegfall der Cautionpflicht. Auch für die Aufhebung der Stempelsteuer können wir uns im Prinzip aussprechen, denn diese Steuer ist eine ungerechte Belastung des Gewerbebetriebes. Die vorläufige Beschränkung können wir nicht aufheben. Auch den § 5 des vorliegenden Gesetzes kann man nicht annehmen. Wenn in erster Linie der Verfasser, dann der Herausgeber, dann der Verleger, endlich der Verbreiter verantwortlich sein soll, so ist es leicht möglich, daß ein Strohmann vorgegeben wird, dessen wir nicht habhaft werden können. Im Ganzen muß ich mich gegen den Gesetzentwurf ablehnend verhalten. — Abg. Biedermann: Für diesen Entwurf hat sich auch ein Mitglied des Centrums ausgesprochen, was eigentlich mit der Praxis der römischen Curie in Widerspruch steht, die ja noch alle Jahre den Inbegriff der verbotenen Bücher herausgibt. Es liegt aber im Interesse aller Parteien, daß ein Reichspreßgesetz gegeben werde. Wenn sich noch Niemand vom Bundesratthe ausgesprochen hat, so nehme ich das als ein Zeichen, daß es sich nicht principiell ablehnen dazu stelle. Wir haben uns streng auf den Standpunkt des Regressivverfahrens gestellt, welches auch in einem Bundestagsbericht von 1818 als das allein richtige hingestellt ist. Die Ausschreibungen der Praxis der Curie machen Präsentationsmaßregeln keineswegs notwendig; je größer die Freiheit ist, desto weniger Macht haben die Ausschreibungen; vorformen werden sie freilich immer.

— Abg. v. Kardoff: Im Großen und Ganzen bin ich mit dem Gesetze einverstanden, nur will es mir bedenklich scheinen, schon jetzt vor Zustandekommen der Reichsstraßprozeßordnung uns zu entscheiden, ob wir die Preßvergängen an Schwarz- oder Schöffenrichter überweisen wollen. Die vorläufige Beschränkung will ich nicht ganz abschaffen, aber einer strengerer richterlichen Controle unterwerfen. Es erfüllt mich mit Befriedigung, daß von allen Seiten des Gesetzes Wohlwollen entgegengetragen wird und sogar der Abg. Windthorst sich so freundlich demselben gegenüberstellt, während dies doch, wie schon Abg. Biedermann bemerkte, im Widerspruch mit der Praxis der Curie steht. — Abg. Windthorst weist den Vorwurf der Consequenz zurück; weitere Ausführungen werde er bei der zweiten Beratung machen. — Das Gesetz wird an eine Commission von 21 Mitglied

hen haben. Auch die Praxis des englischen und amerikanischen Parlaments geht dahin, daß dieselben die Freilassung ihrer Mitglieder aus der Haft nur dann verlangen können, wenn es sich um Schuldhaft handelt. — Abg. Banks stimmt dem Abg. Schraps darin bei, daß die gebräuchliche Auffassung des Wortes "Strafversfahren" die von ihm angegebene sei. Er seie keinen Grund, weshalb das Wort in Art. 31 r in engerem Sinne genommen werden soll. Der Reichstag habe um so mehr Anlaß, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, als Bebel von 11,500 Wählern wiedergewählt sei, obgleich dieselben wußten, daß er eine Strafe abzubüßen habe. Auch sei seine Anwesenheit im Reichstag sehr nützlich und notwendig, um das von den Offiziösen so oft citierte Schreckgespenst der Socialdemokratie in seiner ganzen Harmlosigkeit und Unschädlichkeit zu zeigen. — Abg. v. Mallindrodt würde ebenfalls sehr gern den Abg. Bebel hier im Hause sehen und daher dem vorliegenden Antrage zustimmen, wenn er denselben für verfassungsmäßig zuläßt halten könnte. Art. 31 räume dem Hause das Recht ein, die Untersuchungshaft eines seiner Mitglieder durch sein Votum zu unterbrechen, daraus gehe zur Evidenz hervor, daß dem Hause ein analoges Recht, wenn es sich um die Strafhaft eines Abgeordneten handele, nicht zustehe. Er könne daher beim besten Willen den Antrag nicht annehmen. — Abg. Sonnenmann: Das Haus habe zwei Juristen für und zwei andere wider die Gültigkeit des Antrags sprechen gehört. Es möge daher die weitere Interpretation des Art. 31 acceptirt und seinen Antrag annehmen. Das Interesse des Hauses, den Abg. Bebel hier zu sehen, sei jedenfalls größer, als das der sächsischen Justiz, ihn in der Haft zu halten und Niemand im Hause bezweife die Reinheit seines Strebens und das Talent, mit dem er seine Sache vertritt. — Der Antrag Schraps wird hierauf mit sehr großer Majorität abgelehnt. — Nächste Sitzung: Freitag.

Abgeordnetenhans.

68. Sitzung am 19. März.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Austritt aus der Kirche. § 1 lautet in der Fassung der Commission: "Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austritenden in Person vor dem Richter seines Wohnorts. Rücksichtlich des Uebertritts von einer Kirche zur anderen bleibt es bei dem bestehenden Recht. Will jedoch der Uebertrittende von den Läufen seines bisherigen Verbandes befreit werden, so ist die in diesem Gesetz vorgeschriebene Form zu beobachten" — Abg. v. Mallindrodt: Der Austritt aus der Kirche muß so leicht wie möglich gemacht werden, das fordert der Grundsatz der Gewissensfreiheit, welche die Verfassung gewährleistet. Man muß daher für jede Erleichterung sorgen und jede Erschwerung des Austrittes befreiten. — Abg. Bismarck-Flatow: Das Gesetz enthält insofern eine neue Bestimmung, als bisher der einfache Austritt ohne Uebertritt in eine andere Kirche nicht von den Kirchenläufen befreite. — Ref. Gneist bestätigt dies und erwidert v. Mallindrodt, daß auch er die Gewissensfreiheit jedes Einzelnen geschiert wissen wolle, zugleich aber die Notwendigkeit dauernder Institutionen in der evangelischen Kirche anerkenne und deshalb für das Gesetz zu stimmen bitte. — Hiermit wird § 1 angenommen; dsgl. § 2: "Der Aufnahme der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Derselbe ist durch den Richter dem Vorstande der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, ohne Verzug bekannt zu machen. Die Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht vor Ablauf von vier Wochen und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrages zu gerichtlichem Protokoll statt. Abschrift des Protokolls ist dem Vorstande der Kirchengemeinde zuzustellen. Eine Bescheinigung des Austritts ist dem Ausgetretenen auf Verlangen zu ertheilen." — § 3 lautet: "Die Austrittserklärung bewirkt, daß der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird. Diese Wirkung tritt mit dem Schluß des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ein. Zu den Kosten eines außerordentlichen Baues, dessen Notwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, festgestellt ist, hat der Ausgetretene bis zum Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ebenso beizutragen, als wenn er seinen Austritt aus der Kirche nicht erklärt hätte. Leistungen, welche nicht auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, insbesondere Leistungen, welche entweder Kraft besonderer Rechtsmittel auf bestimmten Grundstücken haften, oder von allen Grundstücken des Bezirks, oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt." — Abg. v. Saucken (Tarpuschen) beantragt, den zweiten Absatz, "Diese Wirkung ... bis 'erklärt hätte", den die Commission eingefügt hat und der den Eindruck macht, als ob das Gesetz aus dem früheren Herrenhause amndirt zurückkomme, zu streichen. Die Befürchtung eines Massenaustritts ist nur von conservativer Seite geltend gemacht worden; selbst das Centrum theilt sie nicht. Wenn die Pfarrer beim Austritt keinen Zwang mehr über ihnen, dann werden sie erst wieder die wahren Religionslehrer sein und offene Herzen für die Lehren der Sitte und Moral finden. — Abg. Reichensperger (Coblenz): Diese Ansichten würden dazu führen, daß der Pfarrer nur ein officier de la morale publique ist, der auf seinem Dienstrock Knöpfe tragen müßt. (Heiterkeit.) Das ist nicht etwa Phantastie, sondern in der Zeit der fortschreitenden Aufklärung ist dies in Nassau für die katholischen Geistlichen wirklich eingeführt worden. Dagegen empfiehlt Redner die Streichung des zweiten Absatzes. — Abg. v. Liebermann: Allerdings werden Viele aus der Kirche treten, nur um pecuniäre Lasten zu vermeiden. Wer wirklich aus religiösen Gründen austreten will, wird sich um den Geldpunkt nicht kümmern. — Abg. v. Saucken erkennt, daß Al. 2 eine Gefahr für die Ausführung nur eine Bestätigung darstellt. — Ref. Gneist: Dies Alineo auf den Austritt setzt. —

Leogr. Depeschen der Danziger Zeitung, Angelommen 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 20. März. Die Budget-Commission des Abgeordnetenhaußes berichtet über Petitionen wegen Pensionserhöhung. Der Regierungs-Commission erklärte, die Regierung halte eine allgemeine Erhöhung der Pensionen nicht für gerechtfertigt, sie wolle aber für das nächste Jahr den Statfonds zur Unterstützung der Pensionäre, wo ein Bedürfnis vorliege, erhöhen.

Danzig, den 20. März.

* Aus Warschau wird gemeldet, daß das Wasser der Weichsel wieder im Falle begriffen ist und am 19. d. auf 6 Fuß 4 Zoll stand. ** Auf der am 15. d. in Danzig abgehaltenen Generalversammlung der Preußischen und Polnischen Gemeinde-Fabrik Böhlihau waren 454 Aktien mit 50 Stimmen vertreten. Der Bericht der Direction über den Fortschritt resp. die demokratische Beendigung der Bauarbeiten der Fabrik, sowie über die gänzlichen Aussichten für das Unternehmen wurde mit Befriedigung entgegengenommen und über die vorgelegte Bilanz-Deklaration erhellt. Die Organisationskosten der Gesellschaft sind fast vollständig durch den Ertrag der Biegeli- und Verlust-Konto vorgetragen. Nach Erledigung der Lagesordnung wurde beschlossen, den Sitz der Gesellschaft zum Zwecke geeigneter Centralisation der Leitung von Danzig nach Neustadt in Westpreußen zu verlegen; außerdem wurden einige redaktionelle Veränderungen der Statuten und zwei Neumahlen in den Aufsichtsrat vorgenommen, sowie Rückeroberung der auf verspätete Aktiveneinzahlungen erhobenen Konventionalstrafen vorstehen. — Der Aufsichtsrat der Danziger Maschinenbau-Gesellschaft hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1872 außer einer Verzinsung des eingezahlten Kapitals à 5% pro Anno von den Einzahlungsterminen an, eine Superdividende von 1% pro Aktie zu vertheilen.

* Am 15. Mai d. f. feiert der Hauptlehrer an der altsstädtischen katholischen Schule, Dr. Bonk, sein 50-jähriges Amtsjubiläum. * [Polizeiliches.] Gestern Abend entzündete sich zwischen dem Lokomotivheizer W. und dem Bahnhof,

und ihre Erfüllung von jedem zu verlangen, der die Achtung, die er den großen kirchlichen Gemeinschaften schuldet, nicht verloren hat. Ohne eine solche Bestimmung würde die Rechtsgrundlage derselben erschüttert und geradezu der Prozeß der Mobilisierung der bestehenden Kirchen mit der Eventualität des Concurses eingelegt werden. — Darauf wird der erste Satz des Alin. 2 mit entschiedener Majorität, der zweite in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 130 Stimmen in der Fassung der Commission beibehalten. (Dafür stimmt die Rechte und ein Theil der National-Liberalen, dagegen die Fortschrittspartei und das Centrum.) Der Rest des § 3 sowie die folgenden bis § 7 werden ohne Discussion genehmigt.

§ 8: „Was in den §§ 1—6 von den Kirchen bestimmt ist, findet auf alle Religionsgesellschaften, welchen Corporationstrechte gewährt sind, Anwendung.“ Hierzu beantragt Lasler folgende Resolution: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage baldigst eine Vorlage zu machen, durch welche auch den Juden in allen Theilen der Monarchie der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft aus confessionellen Bedenken ohne gleichzeitigen Austritt aus dem Judenthum ermöglicht wird und die in einzelnen Landestheilen etwa entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden.“ — Abg. Warburg: Es wäre bedauerlich, wenn die Juden wieder ausgeschlossen sein sollten von den Wohlthaten, die dieses Gesetz gewährt und an die Synagogen-gemeinde gebunden bleiben, zu der sie einmal gehören. Die Juden seien heute in allen gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands, aber in der bürgerlichen Gesellschaft bleibt für ihre Gleichstellung noch sehr viel zu wünschen übrig, vornehmlich in Folge des Fortbestehens solcher Specialgesetze. — Abg. v. Brauchitsch: Der Abg. Warburg hätte nicht nötig gehabt, in diesem Hause ein Vorurtheil gegen seine Glaubensgenossen vorzusetzen. Ich weise nur auf den hervorragenden Anteil hin, den ein Glaubensgenosse von ihm an den Arbeiten dieses Hauses hat. Von allen Seiten wird anerkannt, daß in Bezug auf Glaubens- und Gewissensfreiheit die Israeliten allen Confessionen gleichgestellt werden müssen. Das geschieht durch dieses Gesetz auch für den Austritt aus der Confession; für die einzelnen Richtungen aber innerhalb der Confession ist eine endgültige Regelung in diesem Gesetz unmöglich. Diese kann nur durch ein umfassendes Specialgesetz geregelt werden. — Abg. Lasler: Wenn was ich bestreite, die Motive der Regierung Recht haben, so würde der gegenwärtige thatsächliche Stand der sein: jeder, der zu einer christlichen Kirche gehört, braucht nur zum Richter zu gehen und ihm zu erklären, daß er nicht mehr einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehört; aleßam ist er völlig frei von allen Lasten und Pflichten, und der Staat kümmert sich nicht weiter darum, in welchen religiösen Verhältnissen er sich befindet. Wenn dagegen ein Jude die gleiche Erklärung vor dem Richter abzugeben will, so hat das keinen juristischen Effect. Man verlangt von ihm, daß er nicht aus einer Religionsgemeinschaft, sondern aus dem Judenthum austritte. Dies involviert einen harten Gewissenszwang. Es sind tatsächlich die verschiedenartigsten Reformbestrebungen im Judenthum vorhanden und viele Juden finden es mit ihren Anschauungen unvereinbar, gewisse Ceremonien mitzumachen. Hätte die Regierung das Gesetz ohne die Motive eingebracht, deren Bedeutung ich vorhin dargebracht habe, so wäre mein Antrag nicht nötig gewesen. Wir hätten dann die Entscheidung einfach dem Richter überlassen können, der dann hier nach denselben Grundsätzen hätte entscheiden müssen, wie bei den anderen Confessionen. Ich hatte ursprünglich die Absicht, die Sache in das Gesetz selbst hineinzubringen; da aber die Regierung erklärte, daß dadurch das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährdet würde, so habe ich, da ich in dieser Frage nur die Interessen einer kleinen Minorität im Volke vertrete, die beantragte Resolution für angemessener gehalten. — Cultusminister Fall: Die Regierung verkennt nicht, daß die gegenwärtigen Zustände innerhalb des Judentums weit über die Gesichtspunkte hinausgegangen sind, die in dem bekannten Gesetz vom Juli 1847 ins Auge gefaßt worden sind. Sie hat sich daher des genauesten über diese Verhältnisse zu informieren geacht und wird in der nächsten Session ein umfassendes Specialgesetz vorlegen. — Hierauf wird § 8 zugleich mit der Lasler'schen Resolution fast einstimmig angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. — Nächste Sitzung Donnerstag.

arbeiter Thomas auf dem Ostbahnhofe ein Streit, der in eine Schlägerei ausartete, wobei T. dem W. mit einem Messer 5 Stiche beibrachte, die nach ärztlichem Gutachten zwar nicht lebensgefährlich sind, jedoch eine mehrwöchentliche Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben werden.

Schweiz, 19. März. Die beiden Anträge für den nächsten Kreistag, 1) daß eine Chaussee von Lausowitz nach Schweiz nicht notwendig und 2) daß die Linie Lausowitz-Sartawitz dringendes Bedürfnis sei, versuchen die Antragsteller folgendermaßen zu motivieren: Die Kreisstadt Schweiz besitzt bereits den durch Chausseen verbundenen, nicht ganz 1 Meile entfernt belegene Bahnhof Terezopol; der Bahnhof Lausowitz ist aber 12 Meilen weiter entfernt. Der Handel der Stadt Schweiz ist nicht bedeutend und beschränkt sich zumeist darauf, daß die Kaufleute die auf dem Lande gelauften Produkte an die Bahnhöfe liefern; jedensfalls ist Schweiz kein Stapelplatz. Der Königl. Holzhof zu Brzechowa bietet den Bewohnern von Schweiz Gelegenheit zur Entnahme von Holz und es liegt die Notwendigkeit nicht vor, der Stadt einen directen Zuflussweg zu den Königl. Forsten jenseits Lausowitz zu schaffen. Die Linie Lausowitz-Sartawitz ist notwendig, weil zu gewissen Jahreszeiten die schlechten Landwege nach Bahnhof Lausowitz mit Lasten nicht zu befahren sind um die reichen Ortschaften der Niederung die entfernten Bahnhöfe Terezopol oder Warthau auszuführen müssen. Bei der durch den ganzen K. eis gebenen Dreigliederung: Niederung, Höhe, Waldgegend, müssen diese 3 Districte sich notwendig ergänzen. Der Niederung fehlen Steine, Holz, Faschinen, die auf der Höhe Mangels guter Abfuhrmege noch fast werthlos sind.

Königsberg, 20. März. In Betreff des vom Provinzial-Gewerbeverein an den Handelsminister gerichteten Gesuchs um Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Tagesschillen für die Eisenbahntour Königsberg-Berlin ist ein abschlagiger Bescheid ergangen. Wegen der gleichzeitig in Anregung gebrachten Verkehrserleichterungen, namentlich Einrichtung häufigerer Extrazüge während der Sommermonate, hat der Handelsminister den Gewerbeverein an die Direction der K. Ostbahn verwiesen. Derselbe ist demgemäß bei der gedachten Behörde vorstellig geworden und hat im Hinblick auf die bevorstehende Weltausstellung die Direction angedeutet um die Vermittelung der Ausgabe von Tourbilllets zu ermäßigten Fahrypreisen für eine Rundtour Königsberg, Dirschau (Danzig), Bösen, Breslau, Wien, Prag, Dresden, Berlin, Königsberg, mit dreißig tägiger Zeitdauer erachtet. Diese Gesuch wird um so mehr auf Beurichtigung rechnen dürfen, als den Bewohnern der Provinz Preußen bisher in Betreff der Rundtourbilllets — von Berlin aus sind in den Sommermonaten 12 Rundtouren, in Deutschland überhaupt 165 Rundtouren von den Bahnverwaltungen eingerichtet — nicht die geringste Vergünstigung zu Theil geworden ist.

Die Stadtoberordneten-Versammlung hat den Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Gaspreise um 10% in allen Klassen abgelehnt und beschloß, es noch ein Jahr bei den gegenwärtigen Preisen zu belassen. Zwischen dem Bahnhofe der Ostbahn und Sanssouci macht das neue massive Gebäude des Bahnhofes der Südbahn für die Nutzung nach Lyck einen imponanten Eindruck. Der Bau ist mit 280,000 R. veranschlagt und wird eine architektonische Zierde der Stadt werden. Schon zum Mai hoffen die Beamten die neuen Bureau zu beziehen. Die Perrons werden überdeckt mit den Perrons der K. Ostbahn verbunden. Zu Directionswohnungen etc. ist das benachbarte dreistöckige Werner'sche Gebäude für 80,000 R. angekauft worden. Die über 300 Arbeiter beschäftigenden Maschinengebäude nehmen einen so gewaltigen Flächenraum ein, daß sie einer kleinen Stadt gleichen.

Vörsen-Depesche der Danziger Zeitung, Berlin, 20. März. Angelommen 4 Uhr 30 Min.

Ges. v. 19.

Wetzen	85% /	85% /	Pr. Staatspfd.	91	91% /
April-Mai	85%	84% /	Wpp. 81% /, Pfd. 81% /	81% /	81% /
May-Juni	85	84% /	do. 4% do.	90% /	91
Sept.-Oct.	78% /	78% /	do. 4% / do.	99% /	100% /
Rogg. fest			do. 5% / do.	104% /	104% /
April-Mai	55% /	54% /	Lombardester. Ep.	115% /	114% /
May-Juni	54% /	54% /	Frankoien	203% /	203% /
Sept.-Oct.	53% /	52% /	Rumäniar.	44% /	44% /
April-Mai	18 10 18 9	18 10 18 9	Russ. Banknoten	82	82% /
August-Sept.	19 4 19 2	19 4 19 2	Deut. Banknoten	91% /	91% /
Br. 4% com.	104% /	104% /	Wechlers. L. 6.20% /	6.20% /	6.20% /
			Belgier Michel 7% /		

Frankfurt a. M., 19. März. Effection-Societät. Amerikaner 95%, Creditanst. 361%, 1860er Lote 96%. Franzosen 355%, Galizier 240%, Lombarden 201%, Silberente 67%, Habs. Effectionbank 134%, Continental 119. Geschäftsklos.

Hamburg, 19. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen loco do. 28 6 d. Alles loco 500 R. engl. Gewicht. Weizen, Bordeaux 40 Frs. für eichne □ Körze, 45 Frs. für fichtene □ Balken, 33 Frs. und 33 Cent. eichene Bretter, Alles mit 15% loco Last von 80 Cubit-fuß altes franz. Wab. Harburg 8% loco Last von 24 Stück fichtene Sleeper.

Wheat- und Rönsdcourse. London 3 Mon. 6.20% bez. 3% Preußische Staatschuld-Scheine 90% R. 3% westpreußische Pfandbriefe ritter-schaftliche 81% R. 4% do. 90% R. 4% do. 100% R. 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100% R. 5% Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100% R.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Nichtamtliche Course am 20. März. Gedania 95 Br. Bantverein 91 Br. 90% R. Maschinenbau 85 Br. Marienburger Biegeler 98 Br. Brauerei 96 Br. Chemische Fabrik 100 Br. 5% Lüttken 53 bez. Lombarden 115 bez. Frankoien 203% Br.

Lupinen loco 7% Tonne von 2000% loco 38—45% R.

Rüb. loco 7% Tonne von 2000% Sommer 80% R.

Geflossene Frachten. London 7% Dampfer 3% Hull loco do. 28 6 d. Alles loco 500 R. engl. Gewicht. Weizen, Bordeaux 40 Frs. für eichne □ Körze, 45 Frs. für fichtene □ Balken, 33 Frs. und 33 Cent. eichene Bretter, Alles mit 15% loco Last von 80 Cubit-fuß altes franz. Wab. Harburg 8% loco Last von 24 Stück fichtene Sleeper.

Wheat- und Rönsdcourse. London 3 Mon. 6.20% bez. 3% Preußische Staatschuld-Scheine 90% R. 3% westpreußische Pfandbriefe ritter-schaftliche 81% R. 4% do. 90% R. 4% do. 100% R. 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100% R. 5% Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100% R.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 20. März. Getreide-Markt. Weizen und Rüb. Wind: Nord-Nord-Ost.

Weizen loco wurde am heutigen Markte zu behaupteten Preisen gehandelt, doch aber vorzugsweise rother Weizen gekauft. Weizen ist für Sommer 133% 81% R. rot 130% bei Partien 82% R. bzw. 112% 72% R. hellfarbig 119% 79% R. hellbunt 120% 78% R. hellbunt gläsig 124% 83% R. extra fein 130% 87% R. weiß 119% 83% R. loco Sommer. Termine sehr ruhig, 126% R. Rüb. loco 7% Tonne bez. — Rüb. loco grobe 111% 122% 48% R. seine 114% 52% R. loco 7% Tonne bez. — Rüb.

Gestern Abend 11½ Uhr entschlief sanft nach
9 ständigem Leiden unser innigst geliebter
Sohn Herbert im Alter von 9 Jahren. —
Diese traurige Anzeige allen Freunden und
Besuchten mit der Bitte um stillle Theilnahme.
Podwesken, 18. März 1873.

Kranz Enß und Frau.

Heute Morgen 2 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unser ge-
liebter Vater, der pensionierte Königl.
Polizeibeamte Joh. August Vorh.,
in seinem 74. Lebensjahr. Dieses
zeigen seinen lieben Besuchten und
Freunden hiermit lies berücksichtigt an
die Hinterbliebenen.
Earthaus, den 19. März 1873.

Heute entzog uns der Tod unter liebes
freundlichen Dorchen im Alter von
84 Monaten, am Bahnhofskampf.
Czecanowic b. Lautenburg, 17. März.
H. Bergmann
nebst Frau.

Bureau
der
Pferde-Eisenbahn
und
Comtoir
von
Oscar Kryferschmidt,
Hundegasse 120,
Saal-Stage.

Die Dampfbootfahrt am
Sonnabend, den 22. d. M.
von hier fällt aus.

H. Bober,
Expedition der Elbinger
Dampfböte.

Photographien
des Gräuleins Mila Röder, Visits wie
and Cabinet, sind zu haben im photogra-
phischen Atelier von

Gottschell & Sohn,
Hundegasse 5.
Rechtsfachlicher Unterricht in einf. wie
ital. Buchführung, Correspondenz
und Rechnen wird einzelnen Thil-
nehmern, Vereinen und Vereinsmit-
gliedern, bei gröserer Betheiligung,
billigst ertheilt. Handlungsbücher jeder
Art werden eingerichtet, geführt und
abgeschlossen.

H. Hertell,
Buchhalter und vereid. Protocollist,
Breslau 51, 4. Stage.

Durch Aufstellung von Maschinen lietere
ich gefälschte Schreibmaschine, auch Urkrite,
wieber zum früheren Duzentpreise. Starke
Schiefergriffel, so weit der Vorraum reicht,
100 Stück für 3 Kr.

L. E. Bauer,
Dirschau.
Ketten Nähverlachs,
Frischen Silberlachs
gebe zu den billigsten Marktprisen ab.

A. v. Zynda, Breitgasse
Feinste Tisch- und Kochbutter
empfiehlt

A. v. Zynda, Danzig.
Meissner Apfelsinen und
Meissner Citronen
gebe bei Originalisten u. ausgewählten bill. ab.

A. v. Zynda, Danzig.
Neue Meissner Apfelsinen u.
Citronen in schöner, süßer
Frucht, bei Abnahme mehrerer
Dutzende preiswerth, empfoh-
len durch

Marienburg.

E. Flater.

Eine Partie Caffee verläufe ich
zu Pfund 9 Kr.

Robert Hoppe,
Breitgasse 17.

Prima Schweineschmalz, versteuert
und unversteuert offerirt billigst

Robert Hoppe.

Prima und Secunda Zundershrimpf
bei ganzen Füßen und ausgewogen
offerirt billigst

Robert Hoppe.

Russische Sardinen und Kräuter-
Anchovis offerirt

Robert Hoppe.

Frischen Astrachaner Perl-Caviar
empfing und empfiehlt

Robert Hoppe,
Breitgasse 17.

Die Wagenfabrik

von
R. Ammer,

Stadtgebiet 10,
empfiehlt zu den billigsten Preisen: elegante
Ganze und Halb-Verdeck-Wagen, Jagd-,
Reise- und Holsteiner Wagen.

Petroleum-Fässer
laufen dauernd die

Internationale Handels-Gesellschaft,
Danzig.

Die diesjährige neunte ordentliche Generalversammlung ist auf
Sonnabend, den 29. März cr. Nachmittags 3 Uhr,
im Bankgebäude, Hundegasse No. 97, anberaumt worden. Zur Verhandlung kommen die
im § 15 des Statuts vorgeschriebenen Gegenstände.
Die Herren Actionäre, welche an der Versammlung Theil nehmen wollen, werden
ersucht, die Eintrittskarten bis zum 27. März in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 20. März 1873.

Danziger Credit- und Spar-Bank.

Kempf.

6% Amerikanische Anleihe pro 1882.

Die zur Rückzahlung pr. 1. Juni d. J. von welchem Termine ab die
Bezifferung aufhört, gekündigte Stücke obiger Anleihe bestehen in dem ganzen
Rest der II. Serie und außerdem
No. 1 bis 5733 à Dollar 1000
: 1 : 3000 à : 500 der III. Serie
: 1 : 4752 à : 100
: 1 : 1200 à : 50

und können von jetzt ab bei uns zum höchsten Course eingelöst resp. gegen andere
Fonds umgetauscht werden.

Baum & Liepmann,

Bankgeschäft,
Langenmarkt No. 20.

Den Herrn Schneidermeistern und Wiederverkäufern Danzigs
und Umgegend machen wir hierdurch die ergänzte Anzeige, daß sämtliche von
uns von der Frankfurter Messe aus rheinischen und anderen deutschen Fabriken
bezogenen

Frühjahrs- und Sommerstoffe

in größter Auswahl bereits eingegangen sind.

Unter bedeutendes Engros-Lager ist in Folge dessen mit allen zur
Herren-Garderobe gehörigen Stoffen auf das Vollständigste assortirt und em-
pfehlen wir Tuch, Satins, Croissés, Tricots, Diagonals, couleure und einfarbige Buckskins zu ganzen
Anzügen, waschähnliche Stoffe zur Kindergarde-
robe, sämtliche Futterstoffe &c.

nur zu Engros-Preisen.

Auf die bedeutenden Vorteile beim Einkaufe erlauben wir uns
wiederholts dringend aufmerksam zu machen und laden zum Anlauf ergebenst ein.

Riess & Reimann,
Tuch-Laaer en gros, Breitgasse No. 56.

Am Geburtstage Sr. A. A. Majestät
empfehlen unser Lager von

Englische Regenröcke,
Englische Regenschirme,
Englische Reisedecken,
Englische Schlafdecken,
Englische Unterkleider,
bester Qualität
empfiehlt in größter Auswahl billigst

F. W. Puttkammer.

Ströhüte,

die bei mir noch vor den Osterfeiertagen
sollen modernisiert, gewaschen oder gefärbt
werden, bitte ich bald einzutragen.

August Hoffmann,
Ströhut-Fabrik, Heiligegeistgasse 26.

Für festlichkeiten

am Geburtstage Sr. A. A. Majestät
empfehlen unser Lager von

transpor-
tablen
Gas-
apparaten

für Petroleumgas
leihweise, speziell für Kasernen und
andere größere Räume anwendbar.

Oertell & Hundius,

Langgasse No. 72.

Paraffin- und Stearinkerzen,
vollwichtig u. in Packeten,
vorzüglichste Fabrikate aus den
renommiertesten Fabriken, em-
pfehlt zu äußerst billigen Eng-
ros- u. Endetail-Preisen

Alb. Neumann,

Langenmarkt No. 3, vis-à-vis der Börse.



Segeltuche, Flaggen,
St. Petersburger
Tauwerk.

Bei stattgehabter Eröffnung der
Schiffahrt erlaube mir mein Lager
westfälischer Segeltuche und St.
Petersburger Tauwerk zur geneigten
Entnahme bestens zu empfehlen.

Meine Abtheilung für Spinnerei bringe gleichfalls in Er-
innerung.

R. H. Spohn,

Segelmacher,

Danzig, Burgstraße 14.

Mein diesjähriges Preisver-
zeichniß über Blumen- u. Gemüse-
samen, Pflanzen &c. liegt zur un-
entgeltlichen Abnahme bereit in
meiner Gärtnerei, Langeführ 17,
und in der Blumenhalle Reitbahn
No. 13, woselbst auch Bestellungen
angenommen werden.

M. Raymann,

Kunst- u. Handelsgärtner.

2 feiste Schweine stehen
zum Verkauf Rammbaum
No. 21.

Etwa 6 Stück gut erhalten weiße Kachel-
öfen werden Schmiedegasse 30 gekauft.

Eine Locomobile von 10 Pferde-
kraft ist billig zu verkaufen.

Näheres Pfaffengasse No. 9, 1 Kr.

Das Vereins-Bureau der
Gastwirthe Danzigs für
Placements

empfiehlt hier und nach auswärts Köche,
Ober-, Küchen-, Saal-, Zimmer-, Servir- und
Kellnerknechte &c. auch weib-
liches Personal.

Hugo Schwarzkopf,

Bureau-Vorsteher.

Eine durch Unterricht praktisch erfahrene
Erzieherin, welche in den Wissenschaften,
Sprachen und Musik unterrichtet, sucht in
Danzig ein Engagement. Abreisen werden
unter 5831 in der Exped. d. Stg. erbeten.

Einer Kindergärtnerin wird eine sehr
gute Stelle nachgew. Kohlenmarkt 30.

Einige Pensionaire finden zum 1. April auf
empfohlene Aufs. Poggensee 34, 2 Kr.

Zum Offizier: Porte-épée-Hähnchen-
(incl. Prima) und Einjähriges Frei-
willigen-Examen, so wie zu demjenigen
Examens befußt Eintritts in die Ro-
tugie Marine, wird, mit Erfolg
der Mathematik, den gesetzlichen Bestim-
mungen gemäß vorbereitet Sandgrube, Ra-
ninenberg No. 5, vorterre. (5862)

Für ein Leinen- u. Manufac-
turwaren-Geschäft wird
ein Commis gesucht. Adr. u.
5637 w. i. d. Exp. d. Stg. erb.
1000 Thlr. à 6 pSt.
1. Hypoth. ohne Vermittl. sofort zu cediren
Scharmachergasse 1.

Nautiluscher Verein.

Freitag, den 21. März, Abends 7
Uhr, Versammlung im Saale des Ge-
sellschaftshauses, Brodbänkengasse 10.
Der Vorstand!

Restaurant Brodbänkengasse No. 1.
Alle Abend Concert von der sehr beliebten
Damenkapelle Bleyer aus Böhmen, wo zu
ergebenst einladet

J. B. Jäcke.

ORPHEUM.

Zur Feier Sr. Maj. des Kaisers und
Königs Geburtstage findet ein großer
Civil-Ball

statt, Um 12 Uhr Schneegelöb. u. Knallbonbon.

Professor B. Haserts

Vorträge mit Experimenten durch das starkste
Hydro-Drygen-Mikroskop

im Saale des Gewerbehause

Erster Abend: Freitag, 21. März.
Der Insektenabend, Augen, Gehö-
r- und Gefühls Sinne, Atmungs- und Geruchs-
Organe, der Blutlauf, Nervensystem, Verdau-
ungsapparat &c. Ein Kloß 40 Fuß lang &c.

Zweiter Abend: Sonntag, 23. März.
Baar der Spinnen im Vergleich mit der
Insekten, Spinnen aus dem Insektenloben, der
Insekten, Spinnen aus dem Insektenloben, der
Spinnen, ein Spinnapparat, Spinnzähne, Augen-
Lungen, ein Spinnabend aus 5000 Fäden
bestehend &c.

Dritter Abend: Dienstag, 25. März
Das Thierleben im Wasser in aufsteigende
Kreiselnöpfe &c. zu den Wassertieren, Polypen,
Korallen, Krebsbecherden, Infusorien &
Jeden Abend lebende Thiere im Wasser
Kristallbildung &c.

Käfigeröffnung 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr
Nummerirte Blätter 15 Kr., unnummerirte 10 Kr.
Schüler 5 Kr. Karten sind zu haben bei
Tage im Vortragssalone und bei Herrn Con-
itor Grenzenberg.

Bei Sonder Vorstellungen für Ver-
eine werden nicht gegeben.

Stadt-Theater zu Danzig

Freitag, den 21. März. (Abonn. suspend.)
Zum Benefit für Frau von Wöllnit.
(Letzte Opern-Vorstellung in dieser Sal-
son.) Don Juan. Große Oper in
2 Akten von A. Mozart.

Selonkes Theater.

Freitag, 21. März. Zur Vorfeier des
Allerhöchsten Geburtstages Sr.
Majestät des Kaisers Wilhelm I.
Große Fest-Vorstellung.

U. A.: Festvlog, gesprochen von
Dr. Herber; dazu Tableau: Im Frieden.
Hierauf: Bei Bismarck.

Schwarz. Zum ersten Male: Bei
Leipzig und bei Weissenburg. Chor-
zyklus. Die Siegesbotschaft.
Lebendes Bild, dargestellt vom Künstler-
Personal.

Sonntagnach, 22. März, Nachm. 3 Uhr.

Große

Kinder-Vorstellung.
U. A.: Ein Ständchen in der
Schule. Posse. — Abends keine öffent-
liche Vorstellung.

Bescheidene Anfrage.

Wann findet das Benefit für Fräulein
Doppel statt?
Als Verehrer dieser Künstlerin.

Schnurbel!

Wo wellest Du, daß ich so ganz ver-
schwachte?

Verlorne Glück. —

Verloren.

Montag Nachmittag ist eine preuß. Behn-
thaler-Kassenanweisung auf dem Wege vom
Kettelerbäckerthor, die Hundegasse entlang über
den Stadthof nach dem Hochoptor verloren.

Um Rückgabe in der Exped. d. Sta. gegen
Belohnung wird gebeten.

Th. Bertling's Leibbibliothek.